

Die *theologische Reflexion über das Amt* zeigt, daß „der Kirche dogmatisch ein fast unbegrenzter Spielraum eingeräumt ist, ihr Amt so zu konkretisieren und aufzugliedern, daß es ihrer Sendung und der heutigen Situation wirklich entspricht“<sup>6</sup>. Die Entwicklung scheint auf eine Pluriformität und Differenzierung des kirchlichen Amtes hinzuzielen, die eine Reihe von theologischen und praktischen Problemen aufwirft.

„Die Funktion des Priesters steht gegenwärtig an einem Scheideweg. Es scheint, als sei sie verschiedenen Spannungen und Forderungen ausgesetzt, deren man nur Herr werden kann durch eine grundlegende Klärung, eine Aufgliederung der Funktion in mehrere, verschiedene Funktionen, mit einem jeweils eigenen, genau umrissenen Aufgabenbereich, einer genau zu bestimmenden Rolle, voneinander verschiedenen Forderungen, differenzierten Schulungs- und Ausbildungsmethoden und einem unterschiedlichen Antrittsalter. Dabei stellt sich folgende Grundfrage: Ist die Kirche in ihrer Hierarchie wie in den verschiedenen Kategorien ihrer Gläubigen bereit, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen und die Zeichen der Zeit zu lesen, solange sie noch über Hunderttausende von Priestern für ihren Dienst verfügt; oder erwacht sie erst dann zu einem Bewußtsein der Lage, wenn die Krise ihrer priesterlichen Funktion sich dramatisch zugespißt hat?“<sup>7</sup>

### *Erstellung eines Ausbildungskonzepts*

*Die Ausbildung zu den verschiedenen kirchlichen Diensten muß zwar der notwendigen Spezialisierung Rechnung tragen, zugleich aber für die Einheit dieses Dienstes sorgen.* Wenn die Ausbildung für die einzelnen Dienste wie bisher nebeneinanderläuft, wenn man vor allem das zölibatäre Priesteramt im Blickpunkt hat und die anderen Gruppen vernachlässigt, dann muß man mit einer Isolierung und Frontenbildung rechnen, die der Einheit der kirchlichen Pastoral schweren Schaden zufügen könnte. Außerdem werden uns nicht genügend Ausbildungskräfte zur Verfügung stehen, um jeder Gruppe eine gediegene Berufsvorbereitung vermitteln zu können.

Deshalb müssen ehestens Überlegungen zu einem *Gesamtkonzept für die Ausbildung zum kirchlichen Dienst* angestellt werden. Dieses Konzept muß zwei untrennbaren Forderungen Rechnung tragen: sowohl der Einheit als auch dem Pluralismus der kirchlichen Dienste. Die notwendige Einheit setzt eine möglichst gemeinsame spirituelle, pastorale und glaubensbegründende Grundausbildung sowie ständige Kontakte zwischen den einzelnen Gruppen voraus. Der Pluralismus der verschiedenen Aufgaben verlangt, daß die speziellen Rollen im Rahmen eines Personalkonzepts<sup>8</sup> in etwa abgegrenzt werden, damit für jede eine adäquate Ausbildung vorgesehen werden kann. Die *spezialisierte Weiterbildung und vor allem die Entscheidung für einen bestimmten Lebensstand wird nicht selten erst nach einer längeren praktischen Erfahrung im kirchlichen Dienst anzusetzen sein*, wenn der Kandidat durch die Konfrontation mit der Realität die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten, aber auch seine Fähigkeiten kennengelernt hat.

Da ein Gesamtkonzept für die Ausbildung zum kirchlichen

Dienst nicht rein theoretisch erstellt werden kann, hat die Konferenz der österreichischen Regenten den Beschluß gefaßt, die Bischöfe zu ersuchen, an jenen österreichischen Priesterseminaren, an denen die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, *modellhafte Ausbildungsversuche* zuzulassen. Gleichzeitig verpflichtet sich die Regentenkonferenz, diese Versuche laufend kritisch zu verfolgen und zu überprüfen. Dieses Modell könnte in etwa aus folgenden Grundelementen bestehen:

Zu Beginn sollen alle, die bereit sind, eine Aufgabe in der Kirche zu übernehmen, *gemeinsam eine Einführung in diesen Dienst* erhalten. Grundlage dieser Einführung könnte die von der letzten Regenten-Studientagung erstellten Basiskriterien für den kirchlichen Dienst sein<sup>9</sup>. Dabei sollte auch auf die Bedeutung und die Möglichkeit der Ehelosigkeit wie der Ehe für den kirchlichen Dienst hingewiesen werden. Auch wenn die Entscheidung für eine bestimmte Lebensform erst später fällt, so muß doch schon bei der Einführung davon gesprochen werden, damit diese Entscheidung heranreifen kann und die ehelose Lebensform nicht einfach aus dem Auge verloren wird.

Während der Ausbildungszeit wird das *Verbleiben im Seminar im allgemeinen nicht gefordert*, wohl aber der Kontakt mit den zuständigen Ausbildern und die laufende Reflexion über die theologische Arbeit sowie die spirituellen Grundlagen. Gleichzeitig werden die Kandidaten für ein pastorales Engagement im kirchlichen Leben angehalten. Für jene, die der zölibatären Lebensform zuneigen, wird das Verbleiben im Seminar in einem bestimmten Ausmaß erforderlich sein, um ihnen die notwendige Hinführung und spirituelle Vertiefung zu geben.

Nach der Ausbildung erfolgt der Einsatz im kirchlichen Dienst und schließlich die Entscheidung für einen bestimmten Zweig des kirchlichen Berufs. Hier wird dann auch die *Entscheidung für eine bestimmte Lebensform* anzusetzen sein. Vorliegendes Modell einer Ausbildung zum kirchlichen Dienst ist nur als erster skizzenhafter Entwurf zu verstehen, der noch der Korrektur und Ergänzung bedarf.

<sup>1</sup> Statistik aus Rom als Anlage II zum Brief N. 418/70/153 vom 10. März 1971. <sup>2</sup> W. Kaspar, Neue Akzente im dogmatischen Verständnis des priesterlichen Dienstes, in: Concilium 5 (1969), 167. <sup>3</sup> P. L. Berger, The Sacred Canopy, New York 1969, 108. <sup>4</sup> Eine Intensivierung der Jugendpastoral erfordert zunächst eine Einstellungsveränderung der kirchlichen Amtsträger zur Jugend und eine Überprüfung jener Fakten, die Anlaß für die Entfremdung der Jugend von der Kirche sind. Es scheint, daß die Jugend in der Kirche zu wenig Experimentier- und Lebensraum findet und ihr zuwenig Möglichkeiten eines jugendgemäßen Engagements in der Kirche offenstehen. Die Wiener Priesteruntersuchung hat gezeigt, daß von den befragten Priestern die Mehrzahl in ihrer Jugend irgendeinen Dienst in einer christlichen Gemeinde ausgeübt hat, was für ihre Berufswahl offenbar von Bedeutung war. P. M. Zulehner, S. R. Graupe, Wie Priester heute leben . . . , Ergebnisse der Wiener Priesterbefragung, Wien 1969, S. 37 ff. <sup>5</sup> A. Hasting, Das theologische Problem der Ämter in der Kirche, in: Concilium 3 (1969), 171. <sup>6</sup> K. Rahner, Der theologische Ansatzpunkt für die Bestimmung des Wesens des Amtspriesterturns, in: Concilium 3 (1969), 196 f. <sup>7</sup> Hastings, a. a. O., 183. <sup>8</sup> Zunächst müßte überlegt werden, welche Aufgaben in Zukunft von haupt- oder nebenamtlichen Amtsträgern übernommen werden sollen, welche Einsatzmöglichkeiten es neben dem Schuldienst für Pastoralassistenten gibt. Ein bereits vorliegendes vorläufiges Statut für den Dienst von Pastoralassistenten in der Erzdiözese Wien bietet sich als Diskussionsgrundlage an. Zugleich müßte die Öffentlichkeit über diese Vorgänge informiert werden, um so bei Klerus und Volk jenes Klima zu schaffen, das ein fruchtbares Wirken erst ermöglicht. <sup>9</sup> P. Zehndorfer, Kriterien für den Beruf in der Kirche, in: Initiativen 1—2/1971, 9 ff.

## Problembereich am Zeitgeschehen

### *Zur Situation des Hochschulwesens in der Bundesrepublik (II)*

#### Politisierung statt Reform?

Mit dem folgenden Beitrag setzen wir unsere Serie über die Situation des Hochschulwesens in der Bundesrepublik fort. Unser erster Beitrag (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 292—299) galt zunächst der geschichtlichen Ursache der gegenwärtigen Auseinandersetzung und der

Entwicklung seit 1945. Der hier folgende Beitrag behandelt vorwiegend den bildungs- und gesellschaftspolitischen Hintergrund. Drei Aspekte werden besonders herausgestellt: Das bisherige Versagen der für die nicht gelungene Reform verantwortlichen Gruppen (der Professoren, der Assistenten, der Studenten und der Politiker); die studentische Protestbewegung und ihr Einfluß auf die

*Paralysierung der Reformdiskussion; die sogenannte Politisierung der Universität als Produkt und zugleich Ursache einer ideologischen Verfremdung. Ein dritter Beitrag, ein Überblick über die bisherigen und die geplanten Reformen, wird voraussichtlich im Novemberheft folgen.*

Die gesamte Problematik der Hochschulsituation ist der breiten Öffentlichkeit erst durch die spektakulären Studentenproteste seit 1967 zum Bewußtsein gekommen. Dies geschah mit solcher Plötzlichkeit und Vehemenz, daß darüberhin der größere Zusammenhang mit den Bemühungen um die Reform der Universität seit 1945 nahezu in Vergessenheit geraten ist (zur geschichtlichen Entwicklung vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 292 ff.).

Die hier versuchte Analyse der gegenwärtigen Situation findet sich auf ein Quellenmaterial angewiesen, das teils aus rein chronikartiger Dokumentation der Ereignisse, teils aus Darstellungen besteht, die deutlich die Betroffenheit des jeweiligen Verfassers von den Tagesereignissen und darüber hinaus — wohl auch infolge des geringen zeitlichen Abstands — die eifernde Parteinahme des persönlich Beteiligten verraten. Die Äußerungen stammen vielfach von den führenden Vertretern der Studentenbewegung, die versuchen, Gründe, Hintergründe und Zielsetzung des studentischen Protestes zu artikulieren. Ihre Absicht ist nicht, eine sachlich und historisch neutrale Darstellung vorzulegen, sondern einen Beitrag zur theoretischen Klärung ihrer eigenen Zielsetzung und damit zur Bewußtseinsbildung der studentischen Bewegung selbst zu leisten.

Die Analysen aus dem Kreis der Professoren — zumeist mit soziologischem Ansatz — verraten ihrerseits die theoretische und politische Gegenposition zur Zielsetzung der Studenten. Es sind dies Versuche, die Protestbewegung, die das bislang gültige Selbstverständnis der Universität — insbesondere des Verhältnisses von Professoren und Studenten — mit ihren erklärten Zielen zweifellos in seinem Bestande bedroht, verharmlosend in vertraute Begriffe und Verhaltensschemata einzufangen. Dieses Vorgehen erfüllt nach dem Urteil der studentischen Bewegung deutlich eine Verdrängungsfunktion.

Die gleiche Dialektik, die die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Gegenpositionen von Professoren und Studenten beherrscht, spiegelt sich auch in der vorliegenden Literatur wider: die von Professoren verfaßten Analysen werden wieder zum Gegenstand studentischer Reflexion und Analysen gemacht (z. B. U. Stolle, Ursachen der Studentenbewegung im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit, „Das Argument“, August 1970).

Den meisten Darstellungen ist gemeinsam, daß sie nur die quantitativen Aspekte der Hochschulkrise (Wissensexplosion, Überfüllung der Hochschulen usw.) und die studentische Protestbewegung abhandeln, so daß mitunter der Eindruck entsteht, als seien nur die Studenten von den Veränderungen an der Hochschule betroffen und nur sie schuld daran, daß die geplanten Reformen im konstruktiven Sinne nicht zügig vorangehen. Demgegenüber stellt H. Schelsky klar, daß in der anhaltenden Hochschulkrise alle Gruppen an der Universität, die Professoren ebensogut wie die Assistenten und Studenten, versagt haben. Schelsky steht hier stellvertretend für diejenigen Professoren, die sich ursprünglich für die Reform engagierten, unter dem Eindruck der wachsenden Radikalisierung der Protestbewegung und der Verschiebung der Zielsetzung von Hochschulreform zur Revolu-

tionierung der Gesellschaft resigniert und enttäuscht zurückgezogen.

## I. Die unterbliebene Hochschulreform

Die Analyse Schelskys trägt den programmatischen Titel „Abschied von Hochschulpolitik, oder: Die Universität im Fadenkreuz des Versagens“ (Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1969). Hauptthese des Buches ist die Feststellung, daß alle Gruppen — neben den Hochschulangehörigen auch die Hochschulverwaltungen und die Politiker — sich in ihren Theorien von der gelebten und praktizierten Wirklichkeit von Lehre und Forschung an den Universitäten entfernt haben. „Wenn man die vielfältig veröffentlichten Vorschläge . . . liest, so fällt die Theoriebesessenheit auf, die in all diesen Publikationen zum Ausdruck kommt. Insbesondere verhüllt der soziologische, z. T. psychologische Jargon, daß eine unmittelbare Überprüfung an menschlichen Wirklichkeiten überhaupt nicht mehr in Betracht gezogen wird“ (S. 10).

Der Kampf spielt sich nicht um die Organisation „von gelebten und erfahrenen Formen der Kooperation“ ab, bei der als Hauptargumente empirische Tatbestände fungieren könnten, die Schlacht wird vielmehr im Bereich ideologischer Argumentationen ausgetragen, wobei sich alle Parteien simplifizierender Leerformeln bedienen. So wird z. B. die humboldtsche Leitidee von der korporativen Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden als nicht mehr der Wirklichkeit entsprechend schon seit Ende des 19. Jahrhunderts erkannt; und sie sollte sich trotzdem nach 1945 noch so attraktiv wie eh und je erweisen: die Gründungskonzeption der Freien Universität Berlin (1948) beruft sich wieder stark und emotional auf jenes alte Ideal.

Schon für die vorhumboldtsche Universität heißt es indessen, „die Professoren begannen sich als den eigentlichen Körper der Universität zu fühlen. Auf Lebenszeit berufen und besoldet, allein im Besitz der aktiven Rechte, lernten sie sich als das stabile, feste Element betrachten. Die rasch vorüberflutende Masse der jungen Studenten erschien nicht mehr als ein Teil der Universität, sondern als ein Objekt ihrer Tätigkeit. Es schwand jedes Gefühl für die korporative Gemeinschaft, für die *universitas* im mittelalterlichen Sinne (Stein, Die akademische Gerichtsbarkeit in Deutschland, Leipzig 1891, S. 105, zit. nach W. Hennis, Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik, Ch. Wegner Verlag, Hamburg 1969, S. 43). In ähnlicher Weise muß auch die Entwicklung an der FU in den fünfziger Jahren interpretiert werden: Die feierlichen Beteuerungen der Gründerzeit hielten einer Belastung innerhalb der Wirklichkeit nicht stand. Die Einheit der Lehrenden und Lernenden zerbrach in dem Augenblick, da die Lernenden ihre Ansprüche als Partner anmeldeten.

### *Das Versagen der Professoren und Studenten*

Schelsky interpretiert das Versagen der einzelnen Gruppen auf der einen Seite aus den jeweiligen gruppenspezifischen Ideologien, denen ganz fundamentale Gruppeninteressen zugrunde liegen, auf der anderen Seite aus dem Funktionswandel der Hochschule in der modernen Gesellschaft, den die einzelnen Hochschulgruppen bislang nicht mitvollzogen haben.

Das Versagen der Professoren als Gruppe sieht Schelsky

(a. a. O., S. 36 ff.) in ihrer „Verwaltungsunfähigkeit“ (die akademische Selbstverwaltung erweist sich im heutigen Großbetrieb Universität immer mehr als Hemmschuh für Lehre und Forschung); in ihrer „Reformunfähigkeit“ (das eifersüchtig gewahrte Selbstvertretungsprinzip der Ordinarien verhindert die Übernahme der in modernen Sozial- und Verwaltungssystemen längst bewährten Delegation von Aufgaben und Entscheidungen mit gleichzeitiger Beschränkung auf Grundsatzkontrolle); schließlich in ihrer „Politikunfähigkeit“. Diese Politikunfähigkeit, die eigentliche Wurzel der einander wechselseitig bedingenden Verwaltungs- und Reformunfähigkeit, ergab sich aus der durch die allgemeine politische und gesellschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert vorgezeichneten Perversion des humboldtschen Dualismus von Kulturstaat und Gelehrtenrepublik. Dieser brachte am Ende den Typus des seinen Forschungsneigungen und Lehrverpflichtungen nachgehenden, über die akademische Autonomie wachenden, sonst aber gefährlich „unpolitischen“ Professors hervor. Tatsächlich haben die meisten Professoren auch heute noch kaum je versucht, ihre eigene Position ideologiekritisch zu hinterfragen.

Die Analyse des Versagens der Studenten in den Auseinandersetzungen an der Hochschule ist naturgemäß sehr viel differenzierter und findet sich in einer Unzahl von Veröffentlichungen niedergelegt. Während in den sechziger Jahren das Bild des Studenten in der Öffentlichkeit — nach einer Untersuchung des Allensbacher Instituts im Winter 1966/67 unmittelbar vor dem Übergreifen der Protestbewegung von Berlin auf die Bundesrepublik — dem Stereotyp des Karrierestudenten der fünfziger Jahre entsprach (unpolitisch, auf raschen Erfolg in Studium und Beruf orientiert), erschien dieses Bild wenige Monate darauf in vielfältig schillernde Facetten zerlegt (Sozialisten, „potentielle Verbrecher“, „schlimmer als Tiere“). Das ist in der bisherigen Hochschulgeschichte wohl der krasseste Wechsel im Image der akademischen Jugend, Symptom der tiefen Krise, die plötzlich zwischen Gesellschaft und Studenten ausgebrochen war. Diesem erstaunlichen Phänomen sind vor allem die soziologisch orientierten Analysen nachgegangen mit dem Ziel, das von der Öffentlichkeit als beängstigend und unverständlich empfundene Verhalten der protestierenden Jugend zu erklären. In den meisten Fällen bewegen sich die Erklärungsversuche um den bekanntesten Topos des natürlichen Generationenkonflikts, der sich in der Gegenwart mit der oft zitierten Problematik einer schnell veränderlichen, hochindustrialisierten Gesellschaft verbindet. In ihr werden notwendigerweise alle Institutionen dauernd von der fortschreitenden Entwicklung überholt. Daher werden sie mit Recht von der „unruhigen Jugend“ als rückständig und reformbedürftig angeprangert.

So findet sich z. B. bei *J. Habermas* („Die Scheinrevolution und ihre Kinder“. Sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend, in: H. Baier [Hrsg.], *Studenten in Opposition. Beiträge zur Soziologie der deutschen Hochschule*, Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1968, S. 152 ff.) die These, daß der Schüler- und Studentenprotest nicht ökonomisch (wie das die Protestbewegung von sich selbst behauptet), sondern lediglich sozialpsychologisch zu erklären sei. Ihren Erfolg verdanken sie den phantasiereichen neuen Demonstrationstechniken. Das Ganze sei nicht mehr als eine „ritualisierte Form der Erpressung und des Trotzes von Heranwachsenden gegenüber unaufmerksamen, aber relativ nach-

sichtigen Eltern“ (S. 154). In ähnlicher Weise argumentiert selbst *B. Nirumand* („Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf“, „Kursbuch“ 13, 1968, S. 3 ff.): die Studenten, die nicht in festen Lebens- und Arbeitsverhältnissen, außerhalb des Rollenzwanges, den Existenzsicherung mit sich bringt, leben, erfahren innerhalb ihrer eigenen studentischen Gruppe hohe Anerkennung, auf jeden Fall aber Duldung von radikalem politischem Engagement. Diese allgemeine Öffnung gegenüber revolutionären Ideen geht auf die jugendliche Skepsis zurück, die Kompromisse und Beschwichtigungen ablehnt. Objektiv werden die Studenten durch die Universität in vielfacher Weise frustriert: isolierte und von vornherein spezialisierte Studiengänge verhindern den Überblick über die Wissenschaft als Ganzes. Die Diskrepanz zwischen möglichst schneller und spezialisierter Berufsausbildung und dem Bedürfnis nach „Wissenschaft als Moment der Selbstbefreiung des Menschen von unbegriffenen Mächten“ (Dutschke) führt zu Spannungen. In diesen Spannungen greifen die Studenten, ohne zunächst selbst Marxisten zu sein, zur marxistischen Theorie als einer Möglichkeit, das Gesellschaftssystem als veränderlich im Sinne ihrer Zielsetzung zu begreifen. Dies ist ein Prozeß, in dem die eigenen subjektiven Erfahrungen und Frustrationen in Erkenntnis gesellschaftlicher Repressionsmechanismen umgesetzt werden sollen.

In der „Gegenanalyse“ aus der Sicht der sozialistischen Studenten sind gerade solche Erklärungsversuche bester Beweis für die Verdrängungstendenz der „herrschenden Klasse“, die aus Angst vor der Etablierung einer alternativen Gesellschaftsstruktur in verharmlosende, betulich verständnisvolle Deutungen ausweicht.

Auch Schelsky übergeht in seiner Charakterisierung der Motive der Studentenbewegung deren eigenes Selbstverständnis: Er nennt als eigentliches Motiv der Studenten und Assistenten den Wunsch nach Statusverbesserung innerhalb der Universitätshierarchie, die erreicht werden soll durch eine allgemeine „Sozialisierung“ und „Politisierung“. Unter „Sozialisierung“ wird hierbei die Beteiligung aller Universitätsangehörigen an der bestehenden Verfügungs-, Status- und Leistungshierarchie und die Beteiligung von bisher nicht mit Hochschulcharakter ausgestatteten Institutionen der Ausbildung und Lehre (z. B. Pädagogischer Hochschulen, Polytechniken, sonstiger Fachhochschulen) an den sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Privilegien der Universitäten verstanden. Durchgesetzt werden sollen diese Forderungen mit Hilfe der marxistischen Interpretation der („bürgerlichen“) Universität als Teil des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in der die Ordinarien als „Ausbeuter“ über alle Produktionsmittel verfügen und mit der Macht ausgestattet sind, nach eigenem Gutdünken, bzw. nach Gruppenkonsens mit den „abhängigen Arbeitskräften“, d. i. den Studenten, zu verfahren. Die Ideologie der „Demokratisierung“ bzw. „Sozialisierung“ zeigt nach Schelsky erwiesenermaßen größere Durchschlagskraft als jede empirisch-kritische Rationalität. Das gehe so weit, daß heute schon Reformvorschläge zur Intensivierung von Forschung und Lehre, die jene ideologischen Konzepte nicht berücksichtigen, kaum noch eine Realisierungschance besitzen.

### *Die Rolle der Assistenten*

Die Assistenten haben sich erst relativ spät als eigene Gruppe in die Auseinandersetzungen um die Hochschul-

reform und insbesondere in die Protestbewegung eingeschaltet. Die Forderung nach „Sozialisierung“ der Universität übernahmen sie von den Studenten. Von Anfang an wiesen sie (vgl. Kreuznacher Hochschulkonzept 1968) auf die Unhaltbarkeit ihrer eigenen Position in der Hochschulhierarchie hin. Sie verlangen eine Statusverbesserung im Sinne einer Abschaffung der vom Ordinarius abhängigen Assistentenstellung zugunsten einer Assistenzprofessur (Ordinariat auf Zeit) sowie die eigenverantwortliche Mitbeteiligung an Forschung und Lehre („Reform der Lehrkörper- und Personalstruktur“ der Bundesassistentenkonferenz Juli 1969).

Im Gegensatz zu den Forderungen der Studenten werden diese Wünsche der Assistenten von den meisten Hochschullehrern als sachlich begründet anerkannt; denn im Zuge des Ausbaus der Universitäten (seit 1960) änderte sich die Funktion der Assistenten innerhalb der Hochschulen: in zunehmendem Umfang werden ihnen Lehr- und Ausbildungsaufgaben übertragen, außerdem werden sie immer stärker mit Verwaltungsarbeiten belastet. Eine unangemessene Verlängerung der Zeit zwischen Promotion und Habilitation war die zwangsläufige Folge dieser Entwicklung.

Vorzuwerfen ist den Assistenten nach dem Urteil Schelskys jedoch, daß sie die Forderung der Studenten nach grundsätzlicher Mitbestimmung in allen Hochschulgremien kurzfristig übernommen haben in der Hoffnung, auf diesem Wege eigene Statuswünsche durchsetzen zu können. Dabei hätten sie nicht bedacht, daß sie selber zusammen mit den Professoren die langfristige Auswirkung von Entscheidungen zu tragen haben, die von den nur kurze Zeit an der Universität verbleibenden Studenten maßgeblich herbeigeführt worden sind.

Die Professoren — auf der einen Seite von Assistenten und Studenten angegriffen, auf der anderen Seite vom Staat weiterhin auf Lehre und Forschung verpflichtet und von einem Übermaß an Selbstverwaltung belastet — haben nach Schelsky nur zwei Möglichkeiten der Reaktion: einmal die primär politische, als politisch formierte Gruppe ihre angestammten bzw. übertragenen Rechte und Funktionen gegenüber den anderen Hochschulgruppen zu vertreten und ihrerseits nach langem Zögern zum Angriff überzugehen; oder als zweite Möglichkeit — Schelsky hält sie aufgrund der festgestellten „Politikunfähigkeit“ der Professoren für die wahrscheinlichere —: Resignation und Rückzug auf staatlich-behördlich geschützte Forschungstätigkeit „als vordringliches Anliegen aller Professoren“ (a. a. O., S. 71) und dazu eine mögliche konfliktlose Erfüllung der übrigbleibenden Lehraufgaben. Die Sicherstellung dieser Restfunktion erwartet Schelsky mehr von der staatlichen Hochschulverwaltung und der Rechtsprechung als von neuen Formen der akademischen Selbstverwaltung.

Inzwischen ist freilich der von Schelsky für unwahrscheinlich gehaltene Zusammenschluß der Professoren ansatzweise im „Bund Freiheit und Wissenschaft“ erfolgt, der explizite die Defensive verlassen hat und sich seinerseits aggressiv am Kampf beteiligt.

### *Vorwürfe gegen den Staat*

Auch der Staat als klassischer Partner der Universität wird in der Diskussion um das Verschulden der Hochschulmisere von den Kritikern aller Richtungen angegriffen, und zwar im Sinne jenes dubiosen Leitbildes des

„Kulturstaates“, der die innere Freiheit und Autonomie der Universität sicherzustellen habe. Dies ist jedoch ein Ideal, das Auslegungen *ad libitum* zuläßt. Die Studentenbewegung geht weit über den Anspruch einer solchen Sicherstellung des optimalen Funktionierens der Hochschule hinaus. Ihr ist die Gesamtpolitik des Staates suspekt, von der mangelhaften Organisation der Universität über die Innen- und Außenpolitik bis zu Problemen der Dritten Welt.

Dem Staat wird auf der einen Seite vorgeworfen, er habe die in seine Kompetenz fallende Planung und Organisation eines zukunftsorientierten Hochschulwesens unterlassen. Er habe stattdessen — eingeschüchtert durch den Mißbrauch staatlicher Gewalt in der NS-Ära — die „ideologisch“ begründete Forderung der Universität nach dem Ausbau der bestehenden Hochschulen statt Neubau von Hochschulen zu eigen gemacht (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 298). „Wilhelm v. Humboldt hat die Universität gezwungen, sich dem ‚Geist der Zeit‘ anzupassen; unter den Kultusministern der westdeutschen Länder war kein Wilhelm v. Humboldt; die Kultusminister und ihre Hochschulbehörden haben darin versagt, die ‚Neugründung der Universität‘, die Humboldt für seine Zeit geleistet hat, in unserer Zeit zu vollziehen“ (Schelsky, a. a. O., S. 79).

So einig sich die Universität bei der Abschiebung der Verantwortung für Mißstände auf den Staat ist, so unisono klingt der Protest aller sich innerhalb der Universität bekämpfenden Gruppen gegen den Staat, sobald er eingreift — da, wo er tatsächlich eine Gefährdung der rechtsstaatlichen Ordnung erblickt.

Das eigentliche Versagen des Staates wird aber im Versäumnis hochschulpolitischer Entscheidungen durch die *Politiker* gesehen. Was bisher geschehen ist, sei *Universitätsverwaltung*, nicht *Hochschulpolitik*. Hauptvorwürfe an die Adresse der Politiker sind: mangelhafte Informiertheit über die Dringlichkeit der Reformen und das Ausmaß der Hochschulmisere; Orientierung an „scheinsachlichen Modelformeln“ (Schelsky) der Hochschulkonzepte der verschiedenen Gruppen, statt Veranlassung empirischer Erhebungen über die tatsächlichen Zustände; Verkennung der politischen Brisanz der studentischen Protestbewegung als „Interessenkonflikt“ hochschulinterner Gruppen. Aufgrund dieser apolitischen Einstellung waren „ihre Antwort auf die Hochschulkrise . . . die Hochschulgesetze“. Das heißt, sie huldigten der dezisionistischen Illusion, eine Krise solchen Ausmaßes durch Gesetzgebungsakte beilegen zu können.

## II. Die Protestbewegung der Studenten

Weder von den Politikern, noch von der Professorenschaft wurden die Motive des Studentenprotestes von Anfang an richtig eingeschätzt. Der Studentenprotest ist nämlich keineswegs allein aus der organisatorischen Misere an den Hochschulen entstanden, sondern ist Ausdruck des politischen und moralischen Engagements einer Jugend, die Methoden und Zielsetzung der etablierten Politiker in Frage stellt. Die Protestbewegung erstreckt sich von Berkeley bis Berlin, von London bis Tokio, einschließlich einiger Staaten Osteuropas (Studentenunruhen in Warschau, Prag usw.). Ihren heftigsten Ausbruch fand sie in Berkeley (USA), in Berlin und in Paris (Pariser Mai-Revolution 1968).

Am Beispiel der Entwicklung des Studentenprotestes an der FU Berlin läßt sich das komplexe Ineinandergreifen der verschiedenen Ursachen der studentischen Protestbewegung aufzeigen: wesentliche Elemente waren das Gründungskonzept der FU als einer freien, politisch engagierten Reformuniversität nach 1945, das moralische Engagement der dritten Studentengeneration nach Kriegsende besonders für die Probleme der Dritten Welt, die Renaissance des Sozialismus in der Neuen Linken; die unsichere, aber ebenso aggressive Reaktion der konservativen Mächte — Universitätsverwaltung und Teile der Öffentlichkeit — trug entscheidend zur Radikalisierung und Ausbreitung der Bewegung bei.

Ein politischer Protest stand am Anfang der Geschichte der FU. 1948 lehnten sich die Studenten gegen die an der Berliner Universität im Ostsektor der Stadt einsetzenden Gleichschaltungsbestrebungen der sowjetischen Militäradministration auf, gegen die autoritäre Struktur der Universität, gegen die Überlastung des Studiums durch sachfremde Ausbildungsanforderungen und vor allem gegen die kommunistische Indoktrinierung des Wissenschaftsbetriebs. Unmittelbarer Anlaß für die Unruhe war die Relegation nichtkommunistisch engagierter Studenten von der Universität. Nur wenige Professoren schlossen sich dem Studentenprotest an, die Mehrzahl war letzten Endes bereit, den SED-Kurs an der Universität hinzunehmen. In zugespitzter Situation forderten die Studenten die Gründung einer freien Universität in den Westsektoren; die dortigen Behörden, die selbst schon des längeren ebensolche Pläne verfolgten, machten sich diese Forderung sofort zu eigen. Die Entwicklung wurde durch die Verschärfung der außenpolitischen Situation (baldiger Beginn der Berliner Blockade) beschleunigt: Am 4. 12. 1948 wurde mit amerikanischer Unterstützung in Berlin-Dahlem die Freie Universität gegründet.

Erstmals in der neueren deutschen Universitätsgeschichte handelte es sich um einen Neubeginn im Gegensatz zu dem Hochschulwiederaufbau in Westdeutschland. Die FU war erstmals eine Universität mit ausdrücklich politischem Auftrag, der gekennzeichnet war durch die Frontstellung gegen den Kommunismus und die Erziehung der akademischen Jugend zur freiheitlichen Demokratie. Die enge Verbindung zur Bevölkerung Berlins kam zum Ausdruck in der Vertretung der politischen und gesellschaftlichen Repräsentanten im Kuratorium der Universität.

Politisierung und Demokratisierung galten auch für den inneruniversitären Bereich als ausgesprochene Ziele. Die Studenten, die sich an den Gründungsvorbereitungen intensiv beteiligt hatten, erhielten erstmals an einer deutschen Universität in allen entscheidenden Hochschulgremien Sitz und Stimme; sie wirkten gerade in der wichtigen Anfangsphase auch an Berufungen mit. Die Kooperation aller Universitätsgruppen gelang leicht aufgrund des gemeinsamen Kriegserlebnisses, des Widerstands gegen den Stalinismus und der gemeinsamen reformerischen Begeisterung.

Das Gründung und Strukturierung der FU maßgeblich beeinflussende antikommunistische Konzept fand durch den Fortgang des Kalten Krieges immer wieder seine Bestätigung. Dennoch wurde schon in den Gründerjahren erkannt, daß der Antikommunismus nicht Hauptinhalt der politischen Zielsetzung einer Universität bleiben könne. „Wir wollen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß der

antikommunistische Kreuzzug des Westens, in dem die Freie Universität die Funktion des akademischen Feldzeichens übernommen hat, zu einem großen Teil der Unsicherheit und Ratlosigkeit des Westens entspringt“ und „daß der antiquierte Liberalismus, den der Westen heute gegen den Kommunismus stellt, . . . eine Scheinlösung ist und unsere Entwicklung nicht auf die Dauer bestimmen kann“ (H. Ehmke, Universität Berlin, „Göttinger Universitätszeitung“, Jhg. 4, Nr. 2, 1949).

Die FU bildete selbst in ihren Reformansätzen zunächst ein Provisorium: Die in den Gründungstagen geplanten weiteren Reformen wurden aber, als der anfängliche Elan und der Konsens zwischen allen Beteiligten nachließen, nicht verwirklicht. Infolge des zunehmend engeren Anschlusses Westberlins an die Bundesrepublik paßte sich die FU an die Universitäten in der BRD an. Diese Entwicklung bedeutete für das Reformmodell Berlin einen Rückschritt. Die Reformansätze wurden sukzessive abgebaut. Die Studenten wurden von der Mitwirkung bei Berufungsverfahren wieder ausgeschlossen (schon 1951 an der Juristischen Fakultät), sodann auch vom Rechts- und Verfassungsausschuß (1952), der der eigentliche Motor der geplanten Reformen sein sollte. Ohne Mitwirkung der Studenten betrieb dieser dann die Angleichung der FU an die Universitäten in der BRD. Die Studentenschaft nahm diese Vorgänge widerstandslos hin.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges (Koreakrieg 1950) wurde der vielbeschworene FU-Geist zum bloßen antikommunistischen Bekenntnis. Das „politische Mandat“ wurde nur in der Form mehrfacher positiver Stellungnahmen des Konvents — der Studentenvertretung — zur Politik Adenauers ausgeübt. Im Jahre 1958 schrieb die Studentenzeitung „Colloquium“ — sie sollte nach abermals zehn Jahren, 1968, das Sprachrohr der Revolte werden — über den Anpassungsprozeß: „Am 10. Jahrestag ihrer Gründung hat die Freie Universität ihren Schwestern noch immer jenen strukturellen Vorsprung voraus, der in der besonderen Situation des Jahres 1948 begründet liegt. Aber sie ist in ihrem Sozialgefüge, in der Betrachtung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, in der Denkweise von Professoren und Studenten anderen Universitäten sehr ähnlich geworden.“ Politische Studentengruppen spielten damals so gut wie keine Rolle. Ein tiefergreifendes politisches Interesse war nicht feststellbar.

Gleichzeitig begann jedoch eine linke Minderheit unter den Studenten durch eine Sammlung für politische Flüchtlinge aus Algerien (wie später für den Vietkong) und durch die Abhaltung einer studentischen Anti-Atomkonferenz den Frieden von Universität und Stadt zu stören. Dem Konvent, der die Konferenz mit knapper Mehrheit beschlossen hatte, wurde nun, da er sich, anstatt wie bisher Abwehrbereitschaft gegen die kommunistische Bedrohung zu deklarieren, in die innenpolitische Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr einschaltete, sofort das „politische Mandat“ bestritten. Studentische Sammelaktionen wurden im Universitätsbereich verboten, die Studenten wichen in die Stadt aus. Die Westberliner Presse skandalisierte die Vorgänge.

Die Ereignisse treiben einem neuen Höhepunkt zu, als nach einer — an den Vorbildern Mao und Giap geschulten — Demonstration (1. 12. 1966) die Polizei hart reagiert und zudem anfangs 1967 eine Haussuchung der Politischen Polizei beim Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), die auf dessen Mitgliederkartei ab-

zielte, in einen Justizskandal einmündet. Als eine für den 3. Juni 1967 anlässlich des Schahbesuchs in West-Berlin geplante Protestkundgebung ohne einleuchtende Gründe untersagt wurde, war die Stimmung auf beiden Seiten reif für die Ereignisse des 2. Juni, als bei einer Demonstration gegen den Schah ein Polizist den Studenten Benno Ohnesorg erschoss.

### Übergang auf die Bundesrepublik

Nach dem Tod Benno Ohnesorgs griff die Protestbewegung der Studenten von Berlin auf die Bundesrepublik über — zunächst in Solidarisierung der westdeutschen Studenten mit ihren Berliner Kommilitonen anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Benno Ohnesorg, sodann ein Dreivierteljahr später in den Osterunruhen 1968.

Am 11. April 1968 wurde eines der führenden Mitglieder des SDS, Rudi Dutschke, durch ein Pistolenattentat lebensgefährlich verletzt. Der SDS-Bundesvorstand sprach unmittelbar danach von einer hemmungslosen Hetzkampagne des Berliner Senats und der Springerpresse gegen Minderheiten und machte „die etablierten Parteien . . . selber verantwortlich für dieses politische Attentat“ (vgl. *H.-A. Jacobsen - H. Dollinger*, *Die deutschen Studenten*, dtv, München 1969, S. 53). Tagelang anhaltende Demonstrationen von Studenten gegen Filialen und Druckhäuser des Springerkonzerns in West-Berlin und in allen größeren Städten der Bundesrepublik forderten zwei Todesopfer in München. Auch in zahlreichen Städten des westlichen Auslands und in Israel, Belgrad, Prag fanden Solidaritätskundgebungen statt.

Eine weitere Eskalation war mit den Demonstrationen gegen die „Notstandsgesetze“ gegeben, die an allen Universitäten von massiven Vorlesungsstreiks begleitet waren. Erstmals waren auch Schüler zahlreich beteiligt.

Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze (30. 5. 1968) setzte sich jedoch die Erkenntnis durch, daß der Versuch, eine Gegengewalt gegen den Staat an den Hochschulen zu errichten, fehlgeschlagen war. Auch die verbliche Hoffung auf Solidarisierung der Arbeiterschaft hatte sich als wahnhafte Fehleinschätzung der wirklichen Stimmung unter der Bevölkerung durch die Studenten herausgestellt. Hiermit endet die zweite Phase der Protestbewegung, in der die Studenten ihren Protest massiv in die Öffentlichkeit trugen; sie hatte sich ihnen versagt. Es folgte eine Rückwendung auf die hochschulinterne Problematik. Bis auf wenige Ausnahmen — z. B. Heidelberger Straßenschlacht im Juni 1970, Massendemonstrationen und Streiks im Februar 1971 anlässlich des Verbots marxistischer Lehrveranstaltungen an der FU Berlin — äußert sich der Studentenprotest seither nicht mehr in spektakulären Auftritten in der Öffentlichkeit, sondern in intensiver universitätsinterner Basisarbeit (vor allem durch die sog. „Roten Zellen“ in allen Fachdisziplinen und Gremien).

### III. Die politisierte Universität

Unversehens haben die Studenten den „Marsch durch die Institutionen“ (an den Hochschulen) angetreten und damit die durchgängige Politisierung der Universität in allen ihren Bereichen erreicht. Die 1969 beginnende dritte Phase der Protestbewegung ist infolgedessen durch die Bildung „politischer Fraktionen“ — quer durch alle an den Hochschulen vertretenen Gruppen hindurch — gekenn-

zeichnet. Gegenwärtig ist eine Polarisierung in „Rechts“ und „Links“ (wie viele Meinungsnuancen sich immer hinter diesen simplifizierenden Etikettierungen verbergen) eingetreten, die sich in allen Entscheidungsgremien und durch die politische Wertung aller Sachentscheidungen bemerkbar macht.

### Die Ziele studentischer Linksgruppen und der Assistenten

Von seiten der Studenten — vorwiegend, aber keineswegs ausschließlich Anhänger der verschiedenen Richtungen des Neomarxismus — wird das traditionelle Selbstverständnis der Universität als Stätte von Forschung und Lehre einer vernichtenden Kritik unterzogen. Angeprangert wird vor allem, daß unter dem „ideologischen Schleier“ der „Freiheit der Wissenschaft“ die Forschung bewußt auf die industriellen und militärischen Verwertungsinteressen ausgerichtet sei. Immer wieder wird die Meinung vertreten, daß mit der Lösung technischer und organisatorischer Teilprobleme (z. B. Optimierung der Lehrgänge, Angebot — Nachfrage — Planung usw.) im letzten niemand gedient sei. Vielmehr gehe es darum, die Leistungsgesellschaft selbst, in der psychische und soziale Probleme des menschlichen Daseins systematisch verdrängt werden und „in der Kosten und Nutzen mehr gelten als moralische Kriterien“ (*H. Häußermann*, „Humanität ist nur ein Nebenaspekt“, „Der Spiegel“, 17. 11. 69, S. 82 ff.), mit Hilfe der Wissenschaft zu verändern. Formuliertes Ziel der linken Studenten und Assistenten ist es, Ausbildung und Wissenschaft so zu organisieren, „daß sie den langfristigen Produktionsbedürfnissen der Gesamtgesellschaft und damit zugleich der allseitigen Ausbildung der Fähigkeiten des einzelnen in der Gesellschaft dienen“ (SDS-Bundesvorstand, „Makulatur in der hübschen Republik“, „Der Spiegel“, a. a. O., S. 85). „Dieses Ziel kann — nachdem Kapitalisten, Politiker, Professoren, Studenten versagt haben — einzig und allein eine Minorität erreichen: das Proletariat. Aufgabe der „akademisch qualifizierten Kampfgehossen“ („Der Spiegel“, a. a. O., S. 85) ist es, die wissenschaftliche Arbeit auf dieses Ziel hin zu ordnen sowie „exemplarische Kampfformen“ zu entwickeln.

Eine gemäßigtere, wenn auch entschiedene politische Linie vertreten die seit 1968 in der „Bundesassistentenkonferenz“ (BAK) und entsprechenden Landeskonferenzen organisierten Assistenten. Die BAK versteht sich als Vermittler zwischen den konservativen Verfechtern der „Ordinarienuniversität“ und den zerstörungswütigen Ultralinken. Aber auch ihr erklärtes Reformziel hat sich von der friedlichen Evolution zu der dezidierten Forderung eines „völligen Neubeginns, wenn nötig auf den Trümmern der alten Universität“, entwickelt (*T. Westphalen*, „Der Spiegel“, 9. 2. 70, S. 49).

In das Spannungsfeld der polarisierten politischen Auseinandersetzungen, in dem linke Überzeugungen zunehmend an Boden gewinnen, sehen sich nun auch die zu Universitätspräsidenten oder -rektoren gewählten früheren Assistenten versetzt wie *Kreibich* in Berlin, *Fischer-Appelt* in Hamburg, *Von der Vring* in Bremen. Auf diesem Felde spielen sich auch die von allen Hochschulgruppen mit Leidenschaft ausgetragenen Kämpfe um die Berufung ‚marxistischer‘ Gelehrter auf neue Lehrstühle ab, in denen alle Register ideologischer Meinungsmache und rechtsaufsichtlicher Beschwerdeführung gezogen werden.

## Die Reaktion der Professoren

Gegen die weltweiten Studentenunruhen und ihre Versuche, die Universität zum Übungsfeld der Revolutionierung der Gesamtgesellschaft zu machen, und in Anerkennung der Tatsache, daß die Politisierung der Universität ein inzwischen irreversibles Faktum darstellt, haben sich ihrerseits die Professoren zahlreich im „Bund Freiheit der Wissenschaft“ politisch organisiert (18. 11. 1970 in Bad Godesberg). Vorbereitet wurde diese Gegenaktion durch das Marburger „Manifest zur Politisierung und sogenannten Demokratisierung der Hochschulen der Länder der Bundesrepublik Deutschland“, das am 17. 4. 1968 veröffentlicht und alsbald von fast einem Viertel aller deutschen Professoren unterzeichnet war. Der ‚Bund‘, der nach seiner Satzung „Personen aus allen Kreisen der Bevölkerung“ (§ 1), laut Programmklärung „Anhänger aller demokratischen Parteien und Mitglieder aller Gruppen von Hochschulangehörigen“ vereinigt (vgl. „Moderator“, Mitteilungen für die Mitglieder des Bundes Freiheit der Wissenschaft 3/4, März 1971, S. 11), will dem „Gesinnungsterror ideologisch fanatisierter Gruppen“ an den Hochschulen entgegenzutreten und erinnert den Staat an seine Verpflichtung „zum Schutz der inneren Freiheit“ der Universität. Dabei will er nicht mit eigenen Reformprogrammen hervortreten, vielmehr zu den vorliegenden kritisch Stellung nehmen (z. B. Hochschulrahmengesetz des Bundes, Planung von Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen). Neben der Universität gilt die Aufmerksamkeit des ‚Bundes‘ seit neuestem auch dem Schulbereich, um „linksextremistisch indoktrinierte Lehrkräfte“ (Moderator 5, Mai 1971, S. 5) abzuwehren. In dem Dreivierteljahr seines Bestehens erstreckte sich die Tätigkeit des ‚Bundes‘ auf die Abwehr der „Verteufelung“, den organisatorischen Aufbau seiner „Ortsgruppen“, die Gewinnung von „Vertrauensleuten“ und laufende Registrierung lokaler Übergriffe und Rechtsverletzungen an den Universitäten.

Kaum zufälligerweise trat gleichzeitig mit dem ‚Bund‘ ein „International Committee on University Emergency“ (ICUE) mit einem am 19. 11. 1970 in New York, London, Paris, Rom und Bonn veröffentlichten Memorandum hervor, in dem die „Rettung der Universität“ vor wissenschaftsfremden „Irrlehren“, die die „Hochschulen

in Sturmböcke politischer Aktion oder in bloße Arenen politischer Machtkämpfe verwandeln“, aufgerufen wird (vgl. Abdruck in „Moderator“ 3/4, S. 12 ff.).

Im gleichen Sinne erklärte auf einer Konferenz der Delegierten aus 30 örtlichen Komitees des Bundes in Frankfurt das prominente Vorstandsmitglied R. Löwenthal (laut „Welt“ vom 28. 6. 71), man müsse sich gegen den „zielgerichteten Angriff disziplinierter Kommunisten auf die Grundlagen der freien Forschung und Lehre“ zur Wehr setzen.

Ist das Ende der bisherigen ideologischen Auseinandersetzung eine vielfach beschworene Polarisierung durch ideologische Lager, die sich gegenseitig bekämpfen und dadurch einen Beitrag der an der Universität wirkenden Gruppen zu ihrer Reform unmöglich machen? Behindert die Politisierung der Universität wegen ihrer Indienstnahme als Speerspitze der marxistisch eingefärbten Gesellschaftsveränderung eine an den Sachzwecken der Universität orientierte pragmatische Erneuerung ihrer Struktur, ihrer Zielsetzungen, ihrer Ausbildungsgänge? Gegenwärtig scheint noch vieles für ein solches Fiasko zu sprechen. Große Teile der Professorenschaft scheinen noch so sehr dem Ideal der *reinen* freien Forschung und Lehre anzuhängen. Sie vermögen einer Reform der Universität, die von einer strikten Interdependenz von Lehre, Forschung und gesellschaftlicher Entwicklung ausgeht, nicht viel abzugewinnen. Die marxistisch orientierten ideologischen Linksgruppen unter den Studenten und Dozenten scheinen vor lauter Gesellschaft die Sachzwecke der Hochschule aus dem Auge zu verlieren. Sie sind mehr an der Frage interessiert, wie Wissenschaft selbst in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse eingreifen kann bzw. muß. Die organisatorischen und didaktischen Aspekte scheinen für sie kein würdiger Gegenstand der Hochschulpolitik zu sein. Die Hoffnungen für das langfristige Gelingen einer an den Sachzwecken orientierten Reform knüpfen sich daran, daß die reformwilligen Professoren in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Politikern sich nicht von der ideologisierten „Basis“ das Gesetz des Handelns diktieren lassen und sich in Abwehr erschöpfen. Einstweilen behält für die Zustände an den deutschen Universitäten ein Satz von Engels seine Gültigkeit: „Was jeder Einzelne will, wird von jedem anderen verhindert, und was herauskommt, ist etwas, was keiner gewollt hat.“

## Kurzinformationen

Das dritte Regensburger Ökumenische Symposium zwischen Katholiken und Orthodoxen vom 16. bis 20. Juli 1971 stand diesmal unter dem Thema „Buße und Beichte“. Es wurde, wie schon das vorausgehende (vgl. HK 24, 442), von der Sektion „Kirche des Ostens“ in der ökumenischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz und der Kommission für gesamtchristliche Fragen des Ökumenischen Patriarchen zu Konstantinopel veranstaltet. Leider konnten diesmal die Vertreter der orthodoxen autokephalen Kirchen nicht so zahlreich erscheinen wie vor einem Jahr. Entsprechend der Thematik gab es zwei Schwerpunkte: Buße bzw. Metanoia ganz allgemein und Beichte und Beichtpraxis. Als Resultat der Aussprachen über die Buße ganz allgemein, wozu man exegetische und patristische Beiträge erbrachte, ergab sich, daß der Aufruf zur Buße schon in frühchristlicher Zeit unterschiedlich ausgelegt wurde. Auch die Praxis in den einzelnen Kirchenprovinzen der alten Kirche sei keineswegs einheitlich gewesen. So hätten

sich z. B. sakramentale und nichtsakramentale Praxis gegenübergestellt. Nicht selten sei der sakramentale Vollzug der Buße eher als letzter Ausweg erschienen. Ja, in der westsyrischen Kirche sei sogar das Sündenbekenntnis vor dem Priester einmal abgeschafft worden, weil ein Bruch des Beichtsiegels schweres Ärgernis hervorgerufen hatte. Dennoch sei damit der sakramentale Vollzug der Buße nicht in Frage gestellt worden. In seinem Festvortrag über „Metanoia als Grundwirklichkeit christlicher Existenz“ ging J. Ratzinger den Fragen von Innerlichkeit und Öffentlichkeit der Buße, ihres individuellen und ihres Gemeinschaftsbezugs nach und befaßte sich mit dem Problem, wie sich Festhalten am bisher Gültigen und Überschreiten des Bisherigen zu vertieftem Erfassen der Wahrheit vereinen lasse. Gegen den von den Orthodoxen erhobenen Anspruch, daß ihre Kirche als Institution schon stets im Besitz der Wahrheit und Heiligkeit sei und eine Reform nur die Glieder der Kirche angehe, wurde eingewandt, daß dies ledig-